

# Eisenhower besucht auch Spanien

Reiseprogramm überraschend ausgeweitet — Zusammentreffen mit Bourghiba

Madrid/Washington (ap/upi). Präsident Eisenhower hat das Programm seiner für Dezember angesetzten Weltreise erweitert. Er wird am 21. Dezember Spanien einen Besuch abstaten und mit Generalissimus Franco zusammentreffen. Ferner teilte das Weiße Haus mit, daß Eisenhower auf der Fahrt von Athen nach dem französischen Mittelmeerhafen Toulon an Bord des Kreuzers „Des Moines“ mit dem tunesischen Staatspräsidenten Bourghiba konferieren werde. Damit umfaßt Eisenhowers Reiseprogramm jetzt insgesamt elf Stationen.

Der amerikanische Präsident wird nach Abschluß der westlichen Gipfelkonferenz am 21. Dezember von Paris nach Madrid fliegen. Er wird auf dem spa-

flug des Präsidenten nach Marokko geplant.

Dem Besuch Eisenhowers in Madrid wird in den westlichen Hauptstädten außerordentlich große Bedeutung beigemessen. Es ist das erste Mal, daß ein amerikanischer Präsident seit dem Ende des spanischen Bür-

gerkrieges Franco besucht, dessen Rücktritt die drei Westmächte und die Sowjetunion noch 1946 in einer gemeinsamen Erklärung gefordert hätten. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten hatten sich gebessert, als die Vereinigten Staaten die Erlaubnis erhielten, in Spanien Stützpunkte auszubauen und dem Land Militär- und Wirtschaftshilfe leisteten. Außenminister Dulles hatte Madrid am 20. Dezember 1957 einen kurzen Besuch abgestattet. Seitdem ist mehrfach die Möglichkeit diskutiert worden, Spanien in die Nordatlantische Gemeinschaft aufzunehmen.

## Castiella in Berlin

Berlin (upi/dpa). Der spanische Außenminister Castiella traf, begleitet von seiner Frau, zu einem zweitägigen Besuch in Berlin ein. Er wurde auf dem Flughafen Tempelhof von Bürgermeister Amrehn willkommen geheißen.

Anschließend trug sich Castiella in das „Goldene Buch“ der Stadt ein. Der spanische Gast hob hervor, es sei ein „bewegendes Gefühl, diese heroische und großartige Stadt zu besuchen“. Bürgermeister Amrehn bezeichnete es als eine Genugtuung, daß es der spanische Außenminister als selbstverständlich angesehen habe, nach Berlin zu kommen, um damit zu bekunden, daß Berlin Bestandteil der Deutschen Bundesrepublik sei.

nisch-amerikanischen Luftstützpunkt Torrejon bei Madrid von Staatschef Franco begrüßt werden. Unmittelbar anschließend steht ein Gespräch zwischen den beiden Regierungschefs im Prado-Palast auf dem Programm. Die Nacht wird Eisenhower im Momcloa-Palast, dem Gästehaus der spanischen Regierung, verbringen. Für den nächsten Morgen ist der Weiter-

## Prag gibt zu: Jabos abgestürzt

Tschechoslowaken halten deutsche Piloten fest

Prag (ap/dpa). Das Prager Außenministerium hat am 14. November endlich zugegeben, daß die beiden seit dem 22. Oktober vermißten deutschen Jagdbomber über tschechoslowakischem Gebiet abgestürzt seien. Die Piloten, die beim Absturz mit dem Leben davon kamen, werden in der Tschechoslowakei festgehalten. Diese Mitteilungen sind in einer Erklärung des Prager Außenministeriums enthalten, in der „energischer Protest gegen ständige Verletzungen des tschechischen Luftraums durch Militärflugzeuge, die vom Staatsgebiet der Deutschen Bundesrepublik kommen“, erhoben wird.

Eine „Luft-Provokation“, so heißt es weiter, habe sich am 22. Oktober ereignet, als zwei Jagdbomber der deutschen Luftwaffe tschechischen Luftraum verletzt hätten und dort abgestürzt seien. Beide Piloten hätten bei ihrer Vernehmung erklärt, es sei ihre Aufgabe gewesen, „Übungsflüge unter schwierigen Bedingungen“ auszuführen. Die tschechoslowakische Regierung behalte sich das Recht vor, Ersatz für alle Schäden zu verlangen, die durch diesen Zwischenfall entstanden seien. Die Explosion beim Absturz und das dadurch entstan-

dene Feuer „hätten beträchtlichen Sachschaden angerichtet“.

Die beiden vermißten Jabos vom Typ „F-84“ waren am 22. Oktober um 8.15 Uhr auf einem Flugplatz bei Memmingen im Allgäu zu einem Übungsflug in nordwestlicher Richtung gestartet. Ihr Benzinvorrat reichte für etwa zweieinhalb Stunden. Über dem Schwarzwald änderten die Piloten plötzlich ihren Kurs. Nach 11.15 Uhr gaben sie aus dem Raum Grafenwöhr ihre letzte Positionsmeldung mit dem Hinweis „schlechte Sicht“. Sie waren seitdem verschwunden.



## Der nächste Bundestag

DT. Wenn auch erst gerade der dritte deutsche Bundestag seine Halbzeit hinter sich brachte, scheint der Wahlkampf für den vierten Bundestag schon ausgebrochen. Der Bürger wird denken, es sei bis zum Spätsommer 1961 noch viel Zeit. Ihm wird vor allem daran liegen, daß sich der jetzige Bundestag mit Eifer der vielen noch offenen Fragen seiner Vierjahresprojekte zuwendet: der Bewältigung der Krankenversicherungsreform, der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, der Kriegsofferversorgung, dem Parteiengesetz, dem Rundfunkgesetz und — nicht zuletzt — immer neuen Initiativen zur Behandlung unserer nationalen Schicksalsfrage.

★

Eine andere SPD: auf diesen Nenner möchten wohl die Männer ihre Bemühungen gebracht wissen, die jetzt in Godesberg ein neues Grundsatzprogramm der SPD diskutieren. Ollenbauer hat recht, wenn er die Delegierten in der Godesberger Stadthalle daran erinnert, daß in der hundertjährigen Geschichte der Sozialdemokratie schon viele Programme der Partei über das Dogma von gestern hinweggeholfen haben. Doch einige Debattenredner, deren Erinnerungen noch in die Zeit der großen ideologischen Sozialistenkämpfe zurückreichen, haben wohl nüchterner als alle Historiker der sozialistischen Partei-geschichte davon gesprochen, daß die SPD einfach nach dem Wege sucht, über das bisherige Wählerdrittel das nächste Mal hinauszustoßen.

Gewiß, die Parteiprogramme von Görlitz und Heidelberg werden in diesen Tagen zu manchem Vergleich herangezogen werden. Es gibt wehmütige Erinnerungen und trotzig-mutige Entschuldigungen dafür, daß die Formulierungen von Godesberg manchen Ballast aus dem Vokabularium des 19. Jahrhunderts hinter sich lassen. Die Reverenzen, die in Godesberg Marx gemacht werden, tragen ein wenig

die verlegene Respektlosigkeit der Enkel, die sich des Großvaters wohl gern erinnern, aber es doch für moderner halten, an das zu glauben, was sich inzwischen in der Welt entwickelt hat. Selbst der Sekretär der Sozialistischen Internationale, der Däne Andersen, hat den Sozialdemokraten von Godesberg den Mut zugesprochen, „sich den Tatsachen der Gegenwart anzupassen“; aber die Sozialdemokratie Deutschlands hat auch diesmal noch nicht jene eindeutige Trennung gewagt, die vor zwei Jahren den Parteitag der österreichischen Sozialisten zum Ereignis gemacht hatte.

Es gilt als ein Erfahrungssatz in den zehn bundesdeutschen Nachkriegsjahren, daß die SPD eine Mitgliederpartei sei: im Gegensatz zur CDU, die sich als Wählerpartei qualifiziert hat. Die große Mitgliederzahl der SPD — man spricht von 650 000 — möchte man nicht verringern, aber dazu neue Wähler gewinnen. Die Union hat die umgekehrten Sorgen. Ihr bangt vor der Unsicherheit und der möglichen Zufälligkeit des Wählervotums. Sie drängt deshalb darauf, das relativ schwache Gebäude ihrer Mitgliederzahlen solider und kräftiger auszubauen. Das fällt ihr schwerer als der SPD, weil Mitgliedschaft ja in hohem Grade den Wunsch ausdrückt, sich zu einer ideologischen und programmatisch gebundenen Gruppe zu bekennen. Die Union aber dankt die große Zustimmung der Wähler fraglos mehr der Politik, die die von ihr gestellte Regierung betrieben hat, als einem profilierten ideologischen Programm.

In der Union haben solche Programme wohl in den Gründerjahren auch bestanden, aber das Zusammenwachsen aus sehr verschiedenen Landesorganisationen und der Zwang, aus schwierigen wirtschaftlich-sozialen und allgemein-politischen Voraussetzungen heraus handelnd tätig zu werden, haben ihre Regierbarkeit und erst danach ihr theoretisches Programm in den Vordergrund geschoben. Heute ist viel von den Aufbauarbeiten in Deutschland nach außen und innen getan. Damit hängt zusammen, daß nicht mehr allein das schnelle Handeln und die Praktiken des

gesunden Menschenverstandes für die Bewältigung der Probleme ausreichen, die auf lange Sicht zu lösen sind. Das weckt das Verlangen nach verbindlichen Grundsätzen, die über das Einverständnis in Tagesfragen hinausreichen. In der Union also, deren führende Männer die Politik Deutschlands prägen, sind jetzt Bewegungen im Gange nach einem Programm, nach einer Richtlinie.

★

Die SPD will nun offensichtlich den umgekehrten Weg gehen. Sie kam aus der Ideologie. Sie hatte ihre Tradition ins Treffen zu führen. Aber sie konnte wohl die Erkenntnis nicht verwerten, daß die Deutschen in ihrer großen Mehrheit eben den Parteien von gestern die Anerkennung versagten. Sie wollte es nicht wahrhaben, daß die Verpflichtung des Volkes auf ein paar große Eigenschaften und Leistungen, wie sie die Unionspolitiker exerzierten, dem Empfinden so schwer geschlagener und so hart geprüfter Menschen am Herzen lag. Nun scheint sie einfach entschlossen, es möglichst dem Programm des gesunden Menschenverstandes gleich tun zu wollen, das die Union bisher dreimal zur Verantwortung gerufen hat.

Abgesehen davon jedoch, daß wirtschaftlich, militärpolitisch und auch in der Frage des Verhältnisses zu den Kirchen die SPD manchen Sprung in die Anerkennung der von anderen geschaffenen Leistungen wagt — erwirbt eine Partei damit, daß sie sich der Politik der seit langem erfolgreichen Partei annähert, auch schon die Chance des Sieges? Hier sind schon deshalb Fragezeichen zu setzen, weil die Absicht, einmal die Macht zu erreichen, deutlicher die veränderten Grundsätze markiert, als das Verlangen, eine echte Geschichtsrevision vorzunehmen. Sollte der Bürger daran glauben, daß wirklich eine neue SPD aus der Asche der Dogmen von gestern entstieg ist, dann müßte er in den kommenden außen- und innenpolitischen Auseinandersetzungen dies deutlicher spüren dürfen. Er müßte daran glauben können, daß nicht dann, wenn die Wahl vorbei ist, wieder aus dem alten Topf gekocht wird.



# Er bespitzelte seine Mithäftlinge

Zwei SSD-Agenten verhaftet — Wegen Schulden aus Westberlin geflüchtet

Zwei Agenten des kommunistischen Staatssicherheitsdienstes wurden jetzt verhaftet. In einem Flüchtlingslager konnte der 31jährige Stellmacher Franz M. dingfest gemacht werden. Er wurde bereits 1953 in Genthin in der Sowjetzone vom SSD schriftlich zur Mitarbeit verpflichtet. Er lieferte dreißig schriftliche Berichte über die Stimmung der Bevölkerung, bis er 1954 wegen Einbruchs eingesperrt wurde. Während der Haft in einem Arbeitslager des

pflichtet. J. hatte den Auftrag, bestimmte Personen zu bespitzeln, und lieferte insgesamt etwa 50 schriftliche Berichte. Im Februar 1959 wurde er veranlaßt, eine regierungsfeindlich eingestellte Gruppe zu überwachen. J. beobachtete ferner Einwohner aus der Zone in be-

zug auf ihre Verbindungen in Westberlin. Als die Zahlungen an ihn vom SSD wegen angeblich schlechter Arbeit geringer wurden, suchte er Verbindung zu westlichen Dienststellen. Die Polizei fahndete nach ihm bereits wegen Unterschlagung und Betruges.

## Zonen-Flagge nur auf S-Bahn-Zügen

Keine Zwischenfälle in Westberlin — Kleine Parade in Moskau

Berlin (upi). Die SED hat am 42. Jahrestag der bolschewistischen Oktoberrevolution keine neue Flaggen-Provokation in Westberlin unternommen. Nur die durch Westberlin fahrenden S-Bahn-Züge führten kleine Flaggen mit dem Sowjetzonen-Wappen, die jedoch nach Angaben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, nicht als Provokation angesehen werden.

Die Westberliner Polizei hatte durch Doppelposten auf allen S-Bahn-Stationen und verstärkte Streifen an den Reichsbahndienststellen in Westberlin Vorkehrungen getroffen, um etwaige Provokationen kommunistischer Demonstranten zu verhindern.

Zur traditionellen Kranzniederlegung am Sowjetehrenmal, 200 Meter vom Brandenburger Tor entfernt, erschienen am Morgen Abordnungen der sowjetischen Botschaft, kommunistischer Organisationen aus Ostberlin und eine sowjetische Ehrenkompanie. Auch kleinere Gruppen der Westberliner SED brachten ihre Kränze an die Stufen des ständig von zwei Sowjetsoldaten bewachten Ehrenmals. Die „DDR-Staatsflagge“ wurde dagegen nicht gezeigt.

In der Sowjetbotschaft auf der anderen Seite des Brandenburger Tores fand am Abend ein Bankett aus Anlaß der Oktoberrevolution statt, zu dem der sowjetische Stadtkommandant, Generalmajor Sacharow, die Vertreter der Westalliierten in Berlin eingeladen hatte.

## Volksfest statt Machtdemonstration

Mit einem Volksfest an Stelle der bisher üblichen militäri-

schen Machtdemonstrationen beging die Sowjetunion am Sonnabend den 42. Jahrestag der bolschewistischen Oktoberrevolution. Die insgesamt dreitägigen Feierlichkeiten wurden am Vormittag von einer Militärparade vor der Sowjetprominenz auf dem Roten Platz eingeleitet, die nur 20 Minuten dauerte und damit die kürzeste in der Geschichte der Revolutionsfeiern war. Verteidigungsminister Malinowski hielt zwar nach alter Tradition die Festrede, verzichtete jedoch darauf, die militärische Macht der Sowjetunion über Gebühr hervorzuheben und beteuerte statt dessen die Friedensliebe und die Abrüstungsbereitschaft des Kreml.

## Agrément für Dowling

Washington (ap). Das Weiße Haus in Washington hat die Ernennung des Berufsdiplomaten Walter C. Dowling zum neuen amerikanischen Botschafter in Bonn bestätigt. Gleichzeitig wurde ein Briefwechsel zwischen Präsident Eisenhower und dem bisherigen Botschafter in Bonn, Bruce, veröffentlicht. Bruce, der mit Wirkung vom 1. November von seinem Posten zurückgetreten ist, gab hierfür private Gründe an. Eisenhower dankte Bruce, daß er die Vereinigten Staaten bei der Bundesregierung in Bonn in so hervorragender Weise vertreten habe.

## Bundesbehörden legal in Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Mit aller Entschiedenheit hat sich Bundesminister Lemmer auf einer Kundgebung im Bezirk Tiergarten gegen die Versuche der kommunistischen Presse gewandt, die Anwesenheit von Bundesbehörden in Westberlin als illegal darzustellen, da Westberlin angeblich zum Territorium der sogenannten DDR gehöre. Unter Beifall erklärte Lemmer, ungeachtet der Sonderstellung Berlins unter dem Schutz der alliierten Mächte sei Berlin ein Bestandteil des freien Deutschlands und werde es immer bleiben. Die neuen Attacken seien um so unverständlicher, als sich fast alle zentralen Verwaltungsstellen des sowjetzonalen Regimes im anderen Teil Berlins einquartiert hätten.

Erzbergbaues lieferte er Berichte über Mithäftlinge. Dafür brauchte er von den fünf Jahren Zuchthaus, zu denen er verurteilt war, nur drei zu verbüßen. Als er Ende Oktober 1959 wieder einen SSD-Auftrag übernehmen sollte, flüchtete er nach Westberlin.

Der andere Agent ist nach Mitteilung der Westberliner Polizei der 37jährige Versicherungsangestellte Herbert J. Im August 1956 siedelte J. unter Zurücklassung erheblicher Schulden aus Westberlin in die Sowjetzone über. Er wurde dort von einem Angehörigen des SSD unter einem Decknamen ver-



## Adenauer und Macmillan

London (Eigenbericht). Wenn Bundeskanzler Adenauer zu seinem dreitägigen Besuch in London eintrifft, erwartet man auf deutscher Seite die Ausräumung der Spannungen und Mißverständnisse zwischen beiden Ländern und auf englischer Seite die Wiederherstellung des früheren Vertrauensverhältnisses zwischen den beiden Staatsmännern. Obwohl der Besuch mit fast einjähriger Verspätung stattfindet, findet er jetzt zum richtigen Zeitpunkt statt. Das vergangene Jahr hat Bonn an vielen Beispielen gezeigt, daß England bei aller Biegsamkeit und Kompromißbereitschaft am einzuschlagenden Weg doch gewillt ist, an den Fundamenten der Atlantischen Gemeinschaft festzuhalten. Dazu: daß es vor allem Berlin und das Deutschlandproblem nicht zu einem Kompensationsobjekt für die Verwirklichung eigener, selbstsüchtiger Pläne machen will. Die nach der englischen Wahl neugebildete Regierung Macmillan verfolgt eine Intensivierung der britischen Europapolitik in einem Ausmaß, wie sie jeden objektiven ausländischen Beobachter überrascht.

Alle Voraussetzungen sind also für einen Erfolg der Gespräche zwischen den beiden Staatsmännern gegeben. Und man kann eigentlich schon vor ihrem Beginn feststellen, daß sie bei dem auf beiden Seiten gezeigten guten Willen ihr Ziel erreichen werden: nämlich den Abbau der deutsch-englischen Mißverständnisse und die von beiden Seiten ehrlich gewünschte Vertiefung der deutsch-englischen Zusammenarbeit.

Damit es nicht zu Kurzschlußhandlungen und Fehlspekulationen auf deutscher Seite kommt, muß etwas besonders hervorgehoben werden: Der Kanzler-Besuch ist nicht wie die Visite des Alt-Bundespräsidenten Heuss ein offizieller Staatsempfang, wie er mit all dem bei Besuchen von Staatsoberhäuptern üblichen Prunk und Zeremoniell abläuft. Vielmehr ist er der formelle Besuch eines Regierungschefs bei einem anderen und geht deshalb ohne das übliche feier-

liche Zeremoniell vor sich. Man hat ihm ganz offiziell den Namen eines Arbeitstreffens gegeben. Es sind keine großen Empfänge vorgesehen. Zum größten Teil wird man in der Zurückgezogenheit des Regierungslandsitzes Chequers sprechen und debattieren.

Außerdem ist zu bedenken, daß Adenauers Reise ein, wenn auch vielleicht das wichtigste Glied in der Kette der Besuche und Besprechungen dieses und des nächsten Monats vor dem eigentlichen westlichen Gipfeltreffen ist. Seine wichtigsten Themen werden sein: die Festlegung der Marschrichtung für den Ost-West-Gipfel und der dort zu vertretenden westlichen Haltung, Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas, und hier vor allem das Verhältnis von EWG und „Äußerer Sieben“, die Hilfe der NATO-Mächte für die Entwicklungsländer, sowie schließlich Fragen des deutsch-englischen Verhältnisses.

In zuständigen englischen Kreisen verhehelt man nicht, daß gerade beim letzten Punkt der Erfolg oder Mißerfolg des Adenauer-Besuches davon abhängt, ob man des Bundeskanzlers Vorbehalte gegenüber der — wie er zeitweilig glaubte — zu weichen und nachgiebigen englischen Haltung wird zerstreuen können. Englands Einstellung zur Berliner Frage ist zur Genüge bekannt und entspricht ohne Einschränkung der der übrigen westlichen Verbündeten. Das Problem einer deutschen Wiedervereinigung, das ja die Berliner Frage automatisch bereinigen würde, bietet freilich gegenwärtig nach englischer Sicht keine Aussicht auf eine Lösung im Sinne der freien Welt. Obwohl die britische Regierung es bisher peinlich vermieden hat, zur Frage der deutschen Ostgrenze Stellung zu nehmen, ist doch die allgemeine Einstellung mehr und mehr die, daß man über die nach dem Kriege geschaffenen Verhältnisse mindestens jetzt überhaupt nicht sprechen sollte. Das amtliche England verweist darauf, daß die Haltung der britischen Regierung sehr viel loyaler gegen-

über dem Standpunkt der Bundesrepublik sei und daß sie nie Deutschlands Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze gefordert habe.

Da die deutsche Frage nach englischer Auffassung auf dem Verhandlungsweg jetzt nicht auf Anhieb zu lösen sein dürfte, will man auf dem Umweg einer Abrüstung und Waffenbegrenzung unter gleichzeitiger scharfer Kontrolle und Inspektion wenigstens zu einer Beruhigung und Stabilisierung der Lage in Mitteleuropa kommen. Man verspricht sich damit die Schaffung einer besseren Atmosphäre, die dann vielleicht doch noch zur Wiederaufnahme und Lösung des Deutschland-Problems führen könnte. Mit besonderem Nachdruck hat Außenminister Selwyn Lloyd erst kürzlich während der außenpolitischen Debatte im Unterhaus die Disengagement-Pläne der britischen Opposition weit von sich gewiesen.

Es würde dem Charakter eines Arbeitsbesuches widersprechen, wenn man bei der Behandlung der Besprechungsthemen irgendwelche bindenden Beschlüsse und Abmachungen erwartete. Es soll eine offene, freimütige Aussprache der beiden Regierungschefs und ihrer Außenminister sein, ein Bemühen auf beiden Seiten, zu einer gemeinsamen Auffassung in der Behandlung der London und Bonn berührenden Fragen zu gelangen. Die englischen Partner wollen sich ehrlich bemühen, den deutschen Bündnispartner von der Uneigennützigkeit des eigenen Standpunktes und von dem echten Willen zu freundschaftlicher Zusammenarbeit zu überzeugen.

Es kann aus diesem Grunde als sicher vorausgesetzt werden, daß es Adenauer und Macmillan gelingen wird, die vorhandenen Auffassungsunterschiede auszuräumen und die Grundlinien einer gemeinsamen Politik abzustecken. Mehr kann und sollte man auf keinen Fall als Ergebnis des Londoner Besuches erwarten. Es ist schon viel gewonnen, wenn er eine neue Grundlage legt, auf der eine künftige deutsch-englische Zusammenarbeit aufgebaut werden kann.



# Der Papst der Hoffnung

Beginn des zweiten Pontifikatsjahres Johannes' XXIII. — Entpolitisierung der Kirche

Rom, im November  
Zu Beginn seines zweiten Pontifikatsjahres sagte Papst Johannes XXIII.: „Wir sehen auf das zweite Jahr unseres römischen und katholischen Episkopats, auf einer Basis von Einfachheit und Gewißheit stehend, in das heitere Licht des Vater-Unser-Gebets mit seinen sieben Bitten.“ Solche Worte kennzeichnen die bisherige Wirksamkeit des Nachfolgers Pius' XII. Johannes XXIII. liebt die Einfachheit der Evangelien. Komplizierten theologischen Erörterungen weicht er aus. Auf politische Argumente antwortet er gerne mit einem Bibelzitat.

★

Wenn man auf die Probleme und Aufgaben hinweist, die sich für den ebenso frommen wie scharfsinnigen, für den ebenso vitalen wie demütigen 78jährigen Nachfolger Petri im zweiten Jahr seines Pontifikats ergeben, so wird eine doppelte Tendenz deutlich: der Versuch, die Vermischung von kirchlicher und staatlicher Sphäre zu verhindern sowie die Erneuerung einer „Theologia cordis“, einer Theologie des Herzens.

★

Papst Johannes XXIII. hat sich mit dem Mut einer elementaren Natur, trotz seines patriarchalischen Alters, Aufgaben gesetzt, welche die Lebenskraft eines viel Jüngeren überfordern könnten: ein alle Kontinente der Erde umspannendes ökumenisches Konzil, eine Römische Synode, eine Reform des Kanonischen Rechts, eine Dezentralisierung der Kirchenverwaltung, eine Annäherung an die „getrennten Kirchen“, eine Auflockerung des internationalen Ideologiestreits. Doch sind dies Zukunftsentwürfe, die vielfach das verdecken, was Johannes XXIII. bisher schon geleistet hat, um den Weg zur Erreichung derartig hochgespannter Ziele frei zu machen.

In dieser Hinsicht stellt sich vor allem die Reorganisierung der „Katholischen Aktion“ Italiens als ein erster wichtiger Schritt dar. Die „Katholische

Aktion“ Italiens, eine höchst militante halb religiöse, halb politische Laienorganisation mit drei Millionen Mitgliedern, wurde der italienischen Bischofskonferenz unterstellt. Ihr früherer, mehr politisch streitbarer Präsident, der Biologe Prof. Gedda, wurde abgelöst. Johannes XXIII. hat damit nicht nur für Italien die Grenze zwischen Staat und Kirche wieder schärfer gezogen. Gleichzeitig hat er persönlich außerhalb des Vatikans einen engeren Kontakt mit notleidenden Gläubigen gesucht. Während er also die Grenze des Vatikanstaats für karitative Leistungen ignoriert, versucht er, die politische Verwischung der Grenze zwischen Staat und Kirche zu verhindern.

★

Die Kirche soll vor allem keiner politischen Partei angehören, keine politische Partei soll die Kirche ausschließlich für sich beanspruchen dürfen. Nicht alle Prälaten und Politiker Italiens sind diesem Beispiel gefolgt. Zum Schaden der Kirche sind gerade in letzter Zeit klerikale Einmischungen in die politischen Verhältnisse Italiens so stark geworden, daß nicht nur von Gegnern der Kirche sogar von der Notwendigkeit gesprochen wird, unter Umständen das Konkordat zu kündigen. Johannes XXIII. hat also eine größere Weisheit an den Tag gelegt als diejenigen „Integralisten“, die ihn offenbar noch nicht verstanden haben.

★

Die neue Betonung des elementaren Grundsatzes einer politischen überparteilichen Haltung der Kirche hat vor allem in den Vereinigten Staaten im positiven Sinne zweierlei „Entspannungen“ verursacht: die protestantischen, „getrennten Kirchen“ mußten erkennen, daß der neue Papst nicht mehr nur einen einzigen „vollkommenen“ Staat bejaht, nämlich den katholischen „integralen“, hierarchischen Modellstaat im Sinne der Perfektionsideen Leos XIII. Die Kirche konnte also unter Johannes XXIII. sich endgültig mit der Tatsache des sogenannten „plu-

ralistischen Staates“ abfinden, das heißt eines Staates, in welchem auf Grund liberaler Verfassungen die verschiedenartigsten Meinungen sich frei entfalten können.

Die alten Vorstellungen eines Staates, der nur dann vollendet ist, wenn er seine absolute Autorität aus der „Gottesbestimmtheit“ seines Herrschers ableitet, hat die Expansion des Katholizismus in einem machtpolitisch heute so entscheidenden Land wie den USA nicht erleichtert. Die Betonung der überparteilichen Haltung der Kirche, in Verbindung mit der Anerkennung des pluralistischen Meinungsstaats hingegen hat dem Katholizismus in den USA einen Auftrieb gegeben.

★

Nach dem ersten Jahr des Pontifikats Johannes' XXIII. kann man erkennen, daß der neue Papst mit den jüngsten und einsichtigsten Prälaten der Weltkirche, trotz Widerstände in der älteren Generation der Kurie, vor allem eins erstrebt: eine religiöse Vertiefung der Menschen durch die weltweite Ausbreitung der Erkenntnis, daß die Menschen oberhalb aller politisch-ideologischen Meinungen und religiösen Bekenntnisse Kinder Gottes und Brüder sind.

Der Ausdruck „Entpolitisierung“ der Kirche wird immer wieder zu berechtigter Kritik Anlaß geben. Johannes XXIII. will die katholische Kirche keineswegs zu einem sentimental-religiösen Dachstuben-Idyll machen. Es handelt sich vielmehr darum, die politische Sphäre mit ihrer jeweiligen Farbe unmittelbarer mit dem Geist des Evangeliums zu durchdringen. Johannes XXIII. hofft auf diese Weise, erstarrte Fronten von meist nur politisch-ideologischen Antichristen wie von oft nur politisch-ideologischen Christen auflockern zu können, zugunsten der Erweckung und Steigerung eines elementaren religiösen Gefühls.

Die neuen Fragen in bezug auf die zeitgenössische politische Wertsituation lauten: Wird es

Fortsetzung auf Seite 7



# Friedrich Schiller — mit und ohne Pathos

Zu seinem 200. Geburtstag am 10. November

Schiller hat das Unglück gehabt, daß eine Epoche sich mit ihm identifizierte. Er überbot Goethe als patriotischer Dichter durch den „Tell“, als freisinniger Prophet durch den „Don Carlos“. Seine „Glocke“, seine Balladen gehörten zum Hausschatz deutscher Poesie. Eine Rede ohne Schillerzitate war keine Rede. Ganze Schüलगenerationen wurden mit seinem Idealismus und seinen Jamben genährt. Weil das bürgerliche 19. Jahrhundert ihn sich als Heros erwählt hatte, richtete dann Nietzsche seinen Generalangriff gegen ihn, den er als „Moraltrumpeter von Säckingen“ verunglimpfte.

Neue Sterne stiegen im neuen Jahrhundert auf: Hölderlin trat neben Goethe. Je mehr dieses unser Jahrhundert vorschritt, um so deutlicher wurden neue Sprachgewohnheiten, neue Gebärden, ein neuer Stil. Die „großen Worte“ gerieten auf den Schlachtfeldern und in den Schützengräben in Mißkredit. Schiller wurde unzeitgemäß oder man schminkte ihn — in den Inszenierungen Jessners und Piscators — so zurecht, daß er kaum wiederzuerkennen war.

Was man ihm übelnahm und vorwarf, war sein Pathos. Der zähneknirschende Franz Moor, der bramabasierende Karl, die schmelzende Amalie, Attinghausen, der mit zitternder Stimme spricht: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an!“, Johanna, die gerührt von den geliebten Triften Abschied nimmt, das schienen Gipsmodelle für alles, was das 19. Jahrhundert an nachtschwarzer Schurkerei, an hochgerecktem Edelmut, an Vaterländischem aufgeboten hatte.

Tatsächlich ist es leicht, Schillerstellen ausfindig zu machen, die auch der duldsamste Zeitgenosse nicht mehr ohne Lächeln hören kann. Etwa Amalie, Franz zurückstoßend, nachdem sie ihm den Degen von der Seite gerissen: „Siehst du, Bösewicht, was ich jetzt aus dir machen kann! — Ich bin ein Weib, aber ein rasendes Weib! — Wage es einmal mit unzüchtigem Griff, meinen Leib zu betasten — dieser Stahl soll

deine gelle Brust mitten durchrennen, und der Geist meines Oheims wird mir die Hand dazu führen. Fleuch auf der Stelle!“ oder Ferdinand in „Kabale und Liebe“ zu Luise: „Deine Limonade war in der Hölle gewürzt. Du hast sie dem Tode zugetrunken“. Es riecht bei solchen Passagen ordentlich nach Vereinsbühne, nach Dolch und Donner Schlag, nach rollendem Bühnen-R und Tremolo. Ist dies das Pathos, das berühmte Schiller-Pathos, das ihn uns entfremdet hat?

## Was heißt eigentlich „Pathos“?

Nun, wenn man sich darüber informieren will, tut man gut, ihn selber als unverdächtigen Zeugen und Experten zu befragen. Eine jener Abhandlungen Schillers, die nach Nietzsche Muster dafür sind, wie man es nicht machen soll, ist „über das Pathetische“ überschrieben. Sie kann nicht nur dazu dienen, gewisse wilhelminische Übermalungen vom Originalbild des Dichters zu entfernen, sondern auch den Begriff des Pathos selber klarzustellen.

Wer noch auf dem Gymnasium Griechisch gelernt hat, weiß, daß „Pathos“ „Leiden“ bedeutet. Es ist ein Zentralbegriff der antiken Bühnenpraxis und Dramentheorie. So hat Schiller ihn verstanden und in sein Weltbild eingefügt: „Das Sinnenwesen (in uns) muß tief und heftig leiden; Pathos muß da sein, damit das Vernunftwesen seine Unabhängigkeit kundtun und sich handelnd darstellen könne.“ Und noch nachdrücklicher: „Pathos ist also die erste und unnachlässliche Forderung an den tragischen Künstler, und es ist ihm erlaubt, die Darstellung des Leidens so weit zu treiben, als es, ohne Nachteil für seinen letzten Zweck, ohne Unterdrückung der moralischen Freiheit, geschehen kann. Er muß gleichsam seinem Helden oder seinem Leser die ganze volle Ladung des Leidens geben, weil es sonst immer problematisch bleibt, ob sein Widerstand gegen dasselbe eine Gemüthshandlung, etwas Positives,

und nicht vielmehr bloß etwas Negatives und ein Mangel ist.“

## Waffengänge der Gedanken

In solchen Äußerungen steckt der ganze Schiller: der Mensch, der an seine Krankheit gekettet ist und dieser Krankheit Werk um Werk abringt, und der Dramatiker, dessen eigentliches Problem „Leidenschaft und Wille“ lautet. Darum bewegt er sich am liebsten und am sichersten im Bereich der hohen Politik, der starken Leidenschaften und der großen Seelen, die Geschichte machen oder ihr Geschick erleiden. Das Pathetische ist ihm die natürliche Ausdrucksgebärde für diese Höhenlage.

Die Alternative, die sich aus diesem Anspruch und aus dem heutigen Unbehagen gegen Schillers Sprachform ergibt, läßt sich auf die Formel bringen: War der Anspruch Schillers zu hoch? Hat er nicht geleistet, was er erstrebte? Oder sind wir zu klein geworden, zu „gemein“, um den Ton zu ertragen, den er selbst als edel und männlich empfand?

Es gibt, um die Frage zu entscheiden, ein einfaches Mittel: eines seiner besten Dramen an irgendeiner Stelle aufzuschlagen und zu lesen. Wir machen den Versuch, beliebig abwandelbar: Wallensteins Tod, I. 7. Wallenstein steht auf, heftig bewegt: „Zeigt einen Weg mir an aus diesem Drang, hilfreiche Mächte! Einen solchen zeigt mir, den ich vermag zu gehen — ich kann mich nicht, wie so ein Wortheld, so ein Tugendschwätzer, an meinem Willen wärmen und Gedanken — nicht zu dem Glück, das mir den Rücken kehrt, großtugend sagen: Geh! Ich brauch dich nicht! Wenn ich nicht wirke mehr, bin ich vernichtet...“

Wie wenig Tiraden, wie wenig Gejammer, wie wenig Beteuerung, wie wenig Emphase, wenn man Schiller wirklich liest, statt sich vage gewisser hochtönender Sentenzen zu erinnern! Hören wir die Antwort der Gräfin Terzky: „Die ungestüme Presserin, die Not, der nicht mit

Fortsetzung auf Seite 7



## Flugverkehr im Januar nach Tegel

### Beschleunigter Ausbau — Täglich Düsenmaschinen

Berlin (Eigenbericht). Der Ausbau des Flugplatzes Tegel zum zweiten großen Flughafen Westberlins für Verkehrsmaschinen wird so weit beschleunigt, daß bereits vom 2. Januar 1960 an vier Super-Constellations-Maschinen der Air France von und nach München, Frankfurt und Köln täglich landen und abfliegen werden, wie Verkehrsinspektor Theuner mitteilte. Falls bis Anfang Januar die Frage der Flughöhen in den Luftkorridoren geklärt ist, wird auch der tägliche Düsenflugverkehr mit der „Caravelle“ zwischen Paris—Frankfurt—Berlin in Tegel aufgenommen.

Theuner teilte mit, der Ausbau des Flughafens Tegel werde schätzungsweise etwa 87 Mill. DM, die zur Hälfte der Bund trage, kosten. In diesem Betrag sei jedoch bereits die dritte Startbahn in Tegel für die „Boeing 707“ mit einer Länge von 3 km und einem Kostenaufwand von 16 Mill. DM enthalten. Der Flughafen Tempelhof wird nach Ansicht von Theuner auch dann nicht mehr ausreichen, wenn noch keine Düsenmaschinen nach Berlin fliegen. Man rechnet damit, daß der Berliner Flugverkehr von 1,4 Mill. Passagieren im Jahre 1960 auf 2,9 Mill. in 1965 und auf 4 Mill. im Jahre 1970 ansteigt.

## Schiller — mit und ohne Pathos

Fortsetzung von Seite 6

hohlen Namen, Figuranten gedient ist, die die Tat will, nicht das Zeichen, den Größten immer aufsucht und den Besten, ihn an das Ruder stellt und müßte sie ihn aufgreifen aus dem Pöbel selbst — die setzte dich in dieses Amt und schrieb dir die Bestallung.“

In Rede und Gegenrede ist kein falscher Ton, es sind Waffengänge der Gedanken, und die Degen blitzen. Freilich sind wir mancher Kunstmittel des wortgewaltigen Streiters entwöhnt: die Personifikation stört uns, auch das Ausladende der Perioden, es ist nicht mehr unser Gestus. Es ist eine andere Sprache als die unsere, so, wie die Sprache Kleists oder Jean Pauls eine andere ist, aber wir können ihr Material beklopfen, wie wir wollen: sie hält stand.

### Nur nicht deklamieren

Nur eines darf man ihr nicht antun: sie deklamieren. Das Schillerpathos, soweit es berechtig ist, stammt nicht von Schiller, sondern von den Akteuren, die seinen Geist mit ihrer Begeisterung verwechselten. Man kann sich sozusagen mit Schiller den Mund füllen, von ihm die Brust schwellen lassen.

„Aber“, sagt der Regisseur Gustav Rudolf Selner, „in dem

Augenblick, in dem der Schauspieler dieser Verlockung widersteht und statt in den gefühlbetonten rhythmischen in einen Prozeß des eigenen denkerischen Nachvollzugs des Schillerschen Denkvorgangs eintritt, dirigiert das Denken wie von selbst den schwer zu behandelnden Vers. Unversehens ist auf solche Weise der Schauspieler dem Geheimnis des Schillerschen Pathos auf die Spur gekommen und hat in seiner hineinhörenden Arbeit tiefer in den Ursprung der Dichtung hineingefragt, als es viele Bearbeitungen, die von außen an das Werk herankamen, taten. In diesem Augenblick nämlich erkennt er neu für sich und uns Schillers Sprachgewalt als ein Pathos des Geistes, das sich verkörpern will, als eine wahre Begeisterung der Sprache, die alles Körperliche mitreißt und entzündet.“

Wenn wir Schiller als den größten Pathetiker, als den heroischsten der deutschen Dichter verstehen und feiern, als den einzigen, der den großen Gang der Geschichte ebenbürtig gestaltet hat, dann soll doch die Anmerkung nicht fehlen, daß er auch ein Meister des Realismus, der derben, kernigen Volkssprache war. Und als Dramatiker war er gewitzt genug, gerade die pathetischsten Augenblicke, die Dramenschlüsse mit

ihren übermenschlichen Triumpfen und Niederlagen, mit ihrer Offenbarung des Weltgerichts, durch die trockenste, lakonischste Aussage zu kontrapunktieren: „Dem Manne kann geholfen werden.“

Er ist so groß in seinen Mitleiden (wenn auch zeitgebunden in manchen Wirkungen), daß er sich uns nicht anzupassen braucht. Wir müssen von ihm lernen.

## Der Papst der Hoffnung

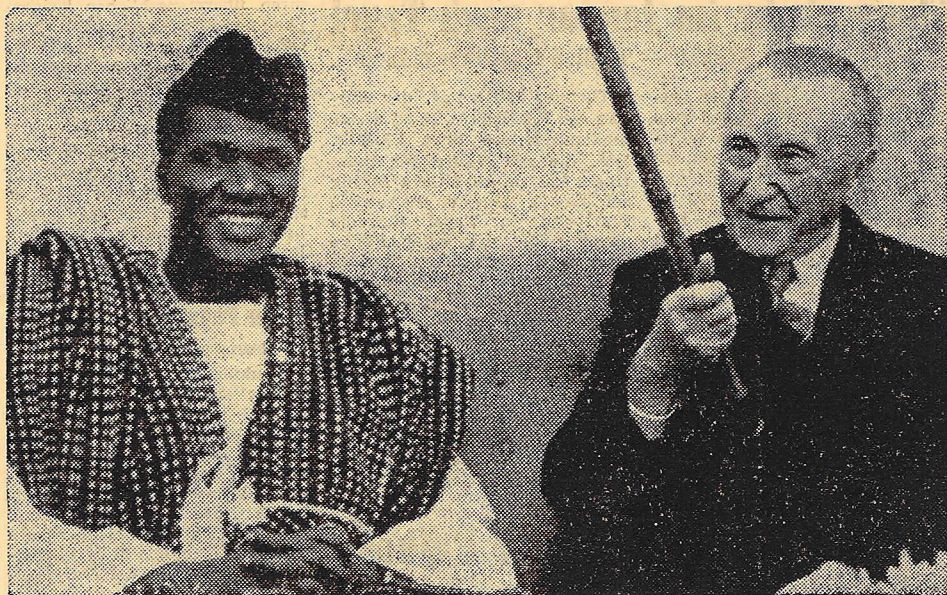
Fortsetzung von Seite 5

in Zukunft eine Synthese von Kapitalismus und Sozialismus geben? Wird der Kapitalismus durch demokratische Gesetzgebung „sozial“ und wird der Kommunismus durch Überwindung seiner ersten wirtschaftlichen Nöte „liberal“ werden? Würde der Kommunismus dann auf seine ideologische Exklusivität verzichten und der Religionsfreiheit mehr Raum geben? Gerade Johannes XXIII. wird, auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen in östlichen Ländern, solche Entwicklungen keineswegs als unmöglich ansehen. Doch wird ein gläubiger Christ und zugleich bauerlicher Skeptiker wie Johannes XXIII. aus solchen vorerst noch idealen Vorstellungen nur dann gültige Schlüsse ziehen, wenn in der gesamten sowjetischen Einflußsphäre tatsächlich noch wesentlich tiefere Wandlungen sichtbar werden als bisher.

Das Patriarchat von Moskau beherrscht den größten Teil der orthodoxen Kirche. Ihm unterstehen in der Sowjetunion 130 Millionen Menschen, in den „Satellitenländern“ weitere 22 Millionen. Das Patriarchat von Moskau empfiehlt bisher dem Kadavergehorsam gegenüber dem atheistischen Kreml. Könnte auch die orthodoxe Kirche zwischen West und Ost einmal eine Brücke bilden?

Mit solchen Fragen wird der Vatikan unter dem Pontifikat von Johannes XXIII. bestürmt. Es sind auch Fragen der Angst vor dem Atomkrieg. Daher auch die Verständigungsbereitschaft des neuen Papstes. Sie ist nicht zu übersehen, ebensowenig aber auch seine Unnachgiebigkeit in bezug auf elementare christliche Forderungen.





**BILDER DER WOCHE.** Oben: Mit dem Spazierstock drohte Bundeskanzler Adenauer, als er und der Staatspräsident von Guinea, Sekou Touré, im Palais Schaumburg in Bonn zu politischen Gesprächen zusammentrafen. Die Warnung galt allerdings den Fotografen. — Unten: „Die Buddenbrooks“ wurden jetzt in Lübeck, der Geburtsstadt Thomas Manns, uraufgeführt. Unser Bild zeigt Nadja Tiller, Frau Katja Mann, die Frau des Dichters, und den Bürgermeister von Lübeck, Wartemann, im Gespräch während des Premierenenpfangs.

